



Broemme meint

Wer managt die Krise?

(BS) Reflexartig richtet sich der Blick auf die Blaulichtorganisationen oder die Bundeswehr, wenn es darum geht, eine Krise professionell zu bewältigen. Im Einsatzalltag ist das auch nachvollziehbar: Die Einsatzleiter von Feuerwehr, Polizei, Hilfsorganisationen und Bundeswehr wissen, wovon sie sprechen. Sie sind ausgebildet und geübt.

Dies ist bei großen Krisen und Katastrophen anders. Ich habe bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass ihr Anteil an der Bewältigung einer Katastrophe vermutlich nur etwa 20 Prozent ausmacht. Die übrigen 80 Prozent müssen von der Verwaltung geleistet werden.

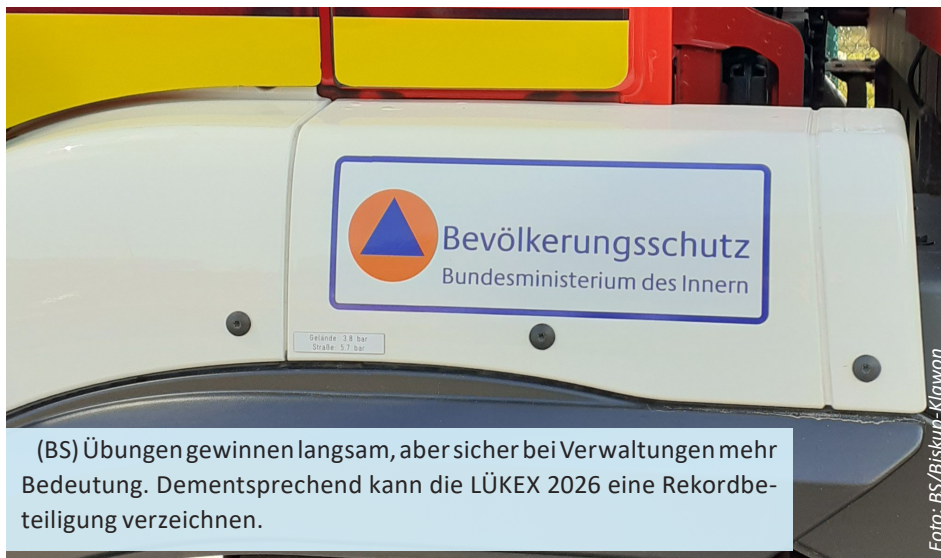
Gerade hier zeigt sich jedoch immer wieder eine deutliche Lücke: Es fehlen belastbare Organisationsstrukturen, klare Ablaufpläne und vor allem regelmäßige Übungen entlang konkreter Szenarien. Diese Schieflage muss dringend korrigiert werden.

Das hat nicht zuletzt der Stromausfall Anfang Januar im Berliner Südwesten erneut deutlich gemacht.

Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019).

LÜKEX 2026 mit Rekordbeteiligung



(BS) Übungen gewinnen langsam, aber sicher bei Verwaltungen mehr Bedeutung. Dementsprechend kann die LÜKEX 2026 eine Rekordbeteiligung verzeichnen.

Foto: BS/Biskup-Klawon

Über 150 Organisationen beteiligen sich an der größten gemeinsamen Übung von Bund und Ländern. Zehn Bundesländer mit etwa 55 Landesministerien sowie mehr als 20 Bundesbehörden aus verschiedenen Ressorts üben aktiv mit. Hinzu kommen Hilfsorganisationen, Betreiber Kritischer Infrastrukturen und Kooperationsplattformen. Weitere rund 70 Organisationen nehmen begleitend teil und nutzen die Übung zur Weiterentwicklung ihrer eigenen Krisenmanagementstrukturen.

Die Vorbereitungen laufen bereits seit 2024. Den Auftakt bildete eine übergreifende Planbesprechung zur Einführung in das Szenario. Bis Ende 2025 wurden bereits rund 30 individuelle Vertiefungsübungen in einzelnen Behörden und Organisationen durchgeführt. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse fließen in die Konzeption der Kernübung ein. Die zentrale Kernübung ist für November 2026 geplant. Das Übungsszenario lautet: Dürre und Hitzewelle – Notlage durch extreme Hitzewelle nach langjähriger Trockenperiode in Deutschland

und Europa. Das Übungsszenario geht von mehreren aufeinanderfolgenden Dürrejahren mit erheblichen Folgen für Bevölkerung, Umwelt, Wirtschaft und Infrastruktur aus.

Eine extreme Hitzewelle mit Temperaturen von bis zu 45 Grad Celsius verschärft die Lage zusätzlich. Im Mittelpunkt der Übung stehen strategische Entscheidungen zum Schutz der Bevölkerung, der Umgang mit sektorübergreifenden Auswirkungen sowie eine belastbare Krisenkommunikation. Ziel ist es, das gesamtstaatliche Krisenmanagement unter realitätsnahen Bedingungen zu überprüfen und weiterzuentwickeln.

„Mit der LÜKEX üben Bund und Länder das strategische Krisenmanagement für Szenarien, die angesichts des Klimawandels zunehmend realistisch werden. Die Übung stärkt Strukturen, Entscheidungsfähigkeit und Zusammenarbeit“, so der Vizepräsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Dr. René Funk. Diese Fähigkeiten seien notwendig, um die Resilienz Deutschlands gegenüber vielen denkbaren Krisen weiter zu stärken.

Erstmalig: Zentrale Beschaffung für Kommunen

(BS) Andere Bundesländer wie Brandenburg oder Mecklenburg-Vorpommern haben es vorgemacht. Nun haben in Baden-Württemberg Kommunen gemeinsam Löschfahrzeuge beschafft. Das Innenministerium in Stuttgart koordinierte die Beschaffung.

Insgesamt konnten 69 Löschgruppenfahrzeuge LF 10 beschafft werden. An der Ausschreibung nahmen 57 Städte und Gemeinden sowie eine Werkfeuerwehr teil. Den Zuschlag erhielt die Firma Albert Ziegler GmbH. Die gesammelte Beschaffung hatte für die Kommunen einen doppelten Nutzen. Neben dem niedrigeren Preis im Vergleich zu einer Einzelbeschaffung aufgrund der höheren Stückzahl erhalten die Kommunen auch eine höhere Landesförderung. Statt 140.000 Euro erhalten die Bedarfsträger 182.000 Euro pro Fahrzeug.

Eine zentralisierte Beschaffung wurde durch eine Änderung der Verwaltungsvorschrift über Zuwendungen für das Feuer-

wehrwesen im vergangenen Jahr möglich. Mit der Idee, weitgehend gleiche Fahrzeuge zu beschaffen, gehe das Land einen neuen Weg. Die Standardisierung erbringe Synergieeffekte bei der Produktion, die zu einem günstigeren Gesamtpreis führen. Außerdem vereinfache die Standardisierung die Ausbildung der Feuerwehrangehörigen. Deshalb unterstützten auch die kommunalen Landesverbände und der Landesfeuerwehrverband die Initiative aus dem Innenministerium.

Für das Jahr 2026 ist bereits eine gemeinsame Beschaffung für so genannte Tragkraftspritzenfahrzeuge geplant. Bisher haben bereits über 30 Kommunen ihr Interesse an einer Teilnahme bekundet. „Dieses Ergebnis ist eine hervorragende Bestätigung, dass wir den richtigen Weg eingeschlagen haben. Und es bekräftigt uns darin, diese Initiative fortzusetzen und zu verstetigen“, erklärte Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl (CDU).



In Baden-Württemberg wurde eine gemeinsame Beschaffung von LF10 durchgeführt.

Foto: BS/planet fox, pixabay.com

BKS-Richtlinie bis 2028

(BS) Der brandenburgische Innenminister René Wilke (SPD) hat die Brand- und Katastrophenschutz-Richtlinie (BKS-Richtlinie) bis zum 31. Dezember 2028 verlängert. Mit dieser Richtlinie unterstützt die Landesregierung die Aufgabenträger sowie die mitwirkenden Hilfsorganisationen unter anderem bei der Modernisierung des Fuhrparks und der Nachwuchsgewinnung.

Viele Verwendungszwecke

Für den Antragszeitraum 2024/2025 sind insgesamt 510 neue Anträge auf Zuwendungen im Bereich des Bevölkerungsschutzes mit einem Antragsvolumen von über 30 Millionen Euro eingegangen. Von diesen Anträgen konnten bereits 370 Maßnahmen mit einem Volumen von mehr als 25 Millionen Euro bewilligt beziehungsweise zugesichert werden.

„Wir stehen auch in den kommenden Jahren fest an der Seite unserer Feuerwehren, Katastrophenschutzeinheiten und Hilfsorganisationen. Ihr Engagement ist für die Sicherheit in unserem Land unerlässlich. Aus diesem Grund sind die Zuwendungen des Landes im Brand- und Katastrophenschutz immer eine gute Investition“, erklärte Innenminister Wilke in diesem Zusammenhang.

Ein Interview mit Brandenburgs Innenminister René Wilke finden Sie auch in der [Februar-Ausgabe](#) des [Behörden Spiegel](#).

FUTURE  PUBLIC

Der Newsletter mit Zukunft.

 SUBSCRIBE

Administrative Krisenbewältigung ist ausbaufähig

(BS) Gerade bei länderübergreifenden Lagen stehe das Krisenmanagement vor Problemen, sagt Benno Fritzen. Die Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb) hat u. a. deshalb als Kompetenznetzwerk ein neues Referat gegründet. Fritzen erklärt als erster Vorsitzender des Referats 16 „Bevölkerungsschutz“, welche Baustellen es gibt. Die Fragen stellte Bennet Biskup-Klawon.

Behörden Spiegel: Warum hat sich die vfdb entschieden, das Referat 16 Bevölkerungsschutz zu gründen?

Benno Fritzen: Der Impuls zur Gründung kam sowohl von innen, wie auch von außen: Angesichts der zunehmenden Bedeutung des Zivil- und Katastrophenschutzes in der Diskussion und Entwicklung der deutschen Sicherheitsarchitektur wurden die Themen innerhalb der vfdb immer häufiger erörtert und nahmen an Relevanz zu.

Hinzu kam, dass die vfdb gerade in den letzten Jahren von Seiten der Politik, der Behörden und der Verbände immer häufiger um ihre fachliche Einschätzung zu aktuellen Themen gebeten wurde, so z.B. zu Fragen der gesellschaftlichen Resilienz oder zum Schutz Kritischer Infrastrukturen. Innerhalb der vfdb wurde daher bereits vor zwei Jahren das Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz der vfdb gegründet, welches als kleine Ad-hoc-Gruppierung bei Bedarf die Position der vfdb vorbereitete. Die po-



Benno Fritzen war Leiter der Feuerwehr Münster sowie Vorsitzender des Arbeitskreises „Zivil- und Katastrophenschutz“ der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren.

Foto: BS/privat

litische sowie administrative Unabhängigkeit der vfdb waren dabei sehr hilfreich und haben zur Akzeptanz beigetragen. Diese Stärke und Position wollen wir mit der Gründung des Referates 16 Bevölkerungsschutz ausbauen und verstetigen.

Behörden Spiegel: Wie schätzen Sie den aktuellen Zustand des Bevölkerungsschutzes in Deutschland ein?

Fritzen: Das Referat tagt Anfang Februar erst zum zweiten Mal. Eine abgestimmte Meinung der Mitglieder des Referates muss

sich somit erst noch bilden. Meine persönliche Einschätzung dazu lautet in einem Satz zusammengefasst: operativ überwiegend gut, administrativ überwiegend verbesserungswürdig. Wasmeineichdamit? Wenn in Deutschland ein Bürger oder eine Bürgerin in eine Notlage gerät und die 112 wählt – egal ob Feuerwehr oder Rettungsdienst –, dann kommt Hilfe. Das funktioniert bundesweit überwiegend sehr gut. Schwieriger wird es, wenn die politisch Verantwortlichen oder die administrativen Strukturen der Gefahrenabwehr gefragt sind, also zum Beispiel zivile Krisenstäbe oder Verwaltungsstäbe. Da sieht man in Deutschland leider eine ziemlich große Spannweite. Es gibt Kreise, kreisfreie Städte und Länder, in denen das gut läuft. Es gibt aber eben auch andere, bei denen aus meiner Sicht noch sehr viel Luft nach oben ist. Besonders deutlich wird das bei größeren Lagen oder bei Ereignissen, die mehrere Bundesländer betreffen. Da zeigt die Erfahrung, dass es gerade in der Zusammenarbeit und Koordination noch erheblichen Verbesserungsbedarf gibt. Das ist keine gute Voraussetzung für Lagen, die zukünftig vielleicht auch den Zivilschutz betreffen. Auch wenn wir seit Gründung der Bundesrepublik keinen Einsatz auf Basis des Zivilschutzgesetzes abwickeln mussten, so wäre es doch fahrlässig, diese Herausforderung nicht ernst zu nehmen und sich nicht gründlich darauf vorzubereiten.

Fortsetzung auf Seite 4

**SMARTES
NIEDERSACHSEN**



KOMMUNAL. KLIMANEUTRAL. INNOVATIV.
www.smart-es-niedersachsen.de

10. – 11. FEBRUAR 2026 | HANNOVER

Fortsetzung von Seite 3

Behörden Spiegel: Welche Fähigkeitslücken haben wir Ihrer Meinung nach?

Fritzen: Wir haben weniger Fähigkeits- als vielmehr Zuständigkeitslücken — insbesondere bei länderübergreifenden Lagen. Es ist nicht geregelt, wer bei länderübergreifenden Lagen die Führung und Leitung der zahlreichen Katastrophenschutzeinheiten übernimmt: Wenn wir diese Situation dann auf Lagen nach dem Zivilschutzgesetz projizieren — also den Verteidigungsfall — dann ist nur geregelt, dass die nach jeweiligem Landesrecht im Katastrophenschutz mitwirkenden Einheiten und Einrichtungen auch die Aufgaben zum Schutz der Bevölkerung im Verteidigungsfall wahrnehmen.

Die entscheidende Frage ist dann aber doch: Wer koordiniert die Maßnahmen der Länder auf Bundesebene? Welches Gremium ist dazu autorisiert und befähigt?

Behörden Spiegel: Brauchen wir im Bevölkerungsschutz eine Zentralisierung?

Fritzen: Nach meiner Einschätzung brauchen wir nicht zwangsläufig eine Zentralisierung der Zuständigkeiten, was ja eine Änderung unserer Verfassung erforderlich machen würde.

Aber wir brauchen in bestimmten Lagen eine faktische Zentralisierung, also unter Wahrung der föderalen Strukturen eine harmonisierte Vorgehensweise der Länder.

Behörden Spiegel: Brauchen wir mehr verpflichtende Krisenstabsausbildung und Übungen?

Fritzen: Ja — auf jeden Fall! Das heißt nicht, dass eine Kreis- oder Stadtverwaltung jeden Tag, jede Woche und auch nicht jeden Monat eine Katastrophe üben muss. Nein, das muss sie nicht. Aber sie muss es überhaupt tun. Und genau hier liegt die große Divergenz zwischen den operativen und den administrativen Stäben.

Im operativen Bereich — Feuerwehr, Rettungsdienst, Hilfsorganisationen, THW — wird regelmäßig, in enger Taktung geübt. Wer dort Führungsverantwortung übernimmt, ist in der Regel kein Neuling im

System, sondern hat längere Zeit Erfahrung und wurde gezielt für diese Führungsaufgabe geschult. Das garantiert nicht, dass alles perfekt läuft, aber auch dort gilt: Eine schwache Leistung ist die Ausnahme und bestätigt die Regel.

Ganz anders sieht es im administrativen und politischen Bereich aus. Hier übernehmen Personen Führungsverantwortung — werden Landrat oder Oberbürgermeisterin, Dezernent oder Beigeordnete in einer Gefahrenabwehrbehörde — und müssen aus dieser Stellung heraus Leitungsfunktionen ausüben, ohne dass sie ihre Qualifikation nachweisen müssen. Sie werden durch politische Wahlen über Nacht in eine sehr verantwortungsvolle Position gespült, und kein Mensch überprüft, ob sie dem gewachsen sind. Das ist ein riesiges Defizit unseres derzeitigen Gefahrenabwehrsystems in Deutschland.

Wir leisten uns den Luxus, an die Spitze einer Gefahrenabwehrorganisation absolute Laien zu setzen. Deren Performance kann gut sein, bleibt aber dem Zufall überlassen. Das hat die Bevölkerung nicht verdient.

„Krisenmanagement hat funktioniert“

(BS) Der Berliner Senat hat Bilanz für die Bewältigung des tagelangen Stromausfalls Anfang Januar in Folge eines Anschlages auf eine Kabelbrücke gezogen. Nach eigener Einschätzung des Senats habe das Krisenmanagement funktioniert. Konsequenzen sollen trotzdem folgen.

Es seien schnelle und koordinierte Maßnahmen getroffen worden, die es ermöglichten, die Auswirkungen des Stromausfalls zu minimieren. Dennoch seien weitere Anstrengungen erforderlich, um die Krisenvorsorge zu stärken, so in einer Mitteilung des Berliner Senats. Mit einer gesamtstädtischen Strategie und einem Maßnahmenpaket will der Senat die Stadt langfristig resilient machen.

In einem ersten Schritt priorisiert der Senat fünf Handlungsfelder: den Schutz der Kritischen Infrastrukturen, die Verbesserung des Katastrophenschutzes, die Ausstattung und Befugnisse der Sicherheitsbe-

hörden, die Finanzierung und die Resilienz der Bevölkerung. Besonders die finanzielle Ausstattung des Katastrophenschutzes soll Beachtung finden.

Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner (CDU) will zudem eine Expertengruppe in der Senatskanzlei einsetzen, um die Kritischen Infrastrukturen einer umfassenden Risikoanalyse zu unterziehen und weitere Handlungsempfehlungen zu unterbreiten.

Modellstadt der Krisenfestigkeit

„Diese Großschadenslage hat deutlich gemacht, dass sich Bedrohungslagen verändert haben und die Kritischen Infrastrukturen besser geschützt werden müssen. Wir werden daraus die richtigen Lehren ziehen und den Katastrophenschutz in Berlin — und damit die Sicherheit für die Berlinerinnen und Berliner — schnellstmöglich verbessern“, so Wegner. Der Senat habe sich deshalb auf ein Paket mit 66 Maßnahmenvor-

schlägen verständigt, um Berlin sicher und krisenfest zu machen. „Mein Ziel ist es, Berlin zu einer Modellstadt der Krisenfestigkeit zu machen“, so Wegner weiter.

Senatorin für Inneres und Sport, Iris Spranger (SPD), ergänzte: „Jede der 37 Katastrophenschutzbehörden — dazu zählt jeder einzelne Bezirk — muss ihre Verantwortung kennen und ihre Aufgaben wahrnehmen. Deshalb wollen wir die Bezirke mit zusätzlichem Personal und Mitteln für Technik und Ausrüstung stärken.“ Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport brauche aber auch Eingriffsrechte, um die Vorsorge verbindlich anzuordnen und zu kontrollieren.

Etwa 45.000 Haushalte waren Anfang Januar von der Stromversorgung abgeschnitten. Rund 100.000 Menschen hatten für mehrere Tage keinen Strom und keine Heizung. Für den Anschlag auf die Stromversorgung zeichnete sich die linksextreme Vulkangruppe verantwortlich.

JUH und Bundeswehr rücken zusammen

(BS) Die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) und der Zentrale Sanitätsdienst der Bundeswehr haben gemeinsam die neue Verwundeten-Transportkomponente 100 (VTpK-JUH100) vorgestellt.

Aus Beständen ihrer Regionalverbände stellt die JUH bundesweit 100 Krankentransportfahrzeuge (mindestens KTW Typ A) für den qualifizierten Transport Verwundeter bereit. Die Fahrzeuge stehen sowohl für Einsätze innerhalb Deutschlands als auch — bei entsprechender Beauftragung — im Bündnisgebiet zur Verfügung.

Die Komponente übernimmt im Regelfall den Transport von verwundeten Soldatinnen und Soldaten aus sogenannten HUBs (Aufnahmezentren) des Sanitätsdienstes der Bundeswehr in Deutschland und bringt diese in Krankenhäuser oder andere geeignete medizinische Einrichtungen zur Weiterbehandlung. Darüber hinaus kann die VTpK-JUH100 auch im Zivil- und Bevölkerungsschutz eingesetzt werden, etwa bei Evakuierungen von Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen in Großschadens- oder Krisenlagen.

Die VTpK-JUH100 basiert auf Fahrzeugen und qualifiziertem Personal aus allen Regionalverbänden der Johanniter und ist zunächst auf eine Einsatzdauer von bis zu drei Monaten ausgerichtet. Das Personal rekrutiert sich im Wesentlichen aus dem Ehrenamt. Vorbereitung und Einsätze wer-



Oliver Meermann (links), Mitglied des Bundesvorstandes der Johanniter-Unfall-Hilfe, und Generaloberstabsarzt Dr. Ralf Hoffmann, Befehlshaber des Zentralen Sanitätsdienstes der Bundeswehr, bei der Vorstellung der Verwundeten-Transportkomponente 100.

Foto: BS/Bundeswehr/R. Alpers

den über das Johanniter-Bundeszentrum für Krisenmanagement (JBK) zentral koordiniert. Durch die Aufstellung der Komponente kommt es zu keiner Einschränkung des örtlichen Bevölkerungsschutzes.

Verantwortung als Hilfsorganisation

„Mit der Verwundeten-Transportkomponente 100 leisten wir aus eigener Kraft einen sehr konkreten Beitrag zur Sicherheit und Resilienz unseres Landes“, sagte Oliver Meermann, Mitglied des JUH-Bundesvorstandes. Man sei als

Hilfsorganisation bereit, Verantwortung zu übernehmen. „Die aktuellen sicherheitspolitischen Entwicklungen machen deutlich: Landes- und Bündnisverteidigung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Deswegen ist eine funktionierende und belastbare zivil-militärische Zusammenarbeit notwendiger denn je. Die Verlässlichkeit ziviler Unterstützung in einem militärischen Verteidigungsszenario ist ein entscheidender Erfolgsfaktor“, sagte Generaloberstabsarzt Dr. Ralf Hoffmann, Befehlshaber des Zentralen Sanitätsdienstes der Bundeswehr.

Investition in Rettungswachen

(BS) Das Land Baden-Württemberg investiert in 34 Bauvorhaben des Rettungsdienstes. Insgesamt sollen 62 Millionen Euro fließen. Vorhaben umfassen Neubauten, Erweiterungen sowie Sanierungen.

Alle Landesteile profitieren von neuen Rettungswachen. Die Mittel stammen zum größten Teil aus dem Sondervermögen des Bundes zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen von Ländern und Kommunen. Zudem wurden beide Landesverbände des Deutschen Roten Kreuzes, der Arbeiter-Samariter-Bund,

die Johanniter-Unfall-Hilfe, der Malteser Hilfsdienst, die DRK-Bergwacht und der DLRG-Landesverband Baden bedacht.

„Mit den investierten rund 62 Millionen Euro für den Rettungsdienst schaffen wir in Baden-Württemberg eine starke Grundlage – für eine zukunftsfeste Infrastruktur des Rettungsdienstes und für zeitgemäße Arbeitsbedingungen. Moderne Rettungswachen sind das Rückgrat einer schnellen und verlässlichen Notfallrettung“, erklärte der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl (CDU).



Innenminister Thomas Strobl: Rettungswachen sind das Rückgrat der Notfallrettung.

Foto: BS/Innenministerium Baden-Württemberg, Leif Piechowski

Förderung steigt in Thüringen



Fast 16 Millionen Euro an Fördermittel wurden an den thüringischen Brandschutz vergeben.

Foto: BS/magicpen, pixelio.de

(BS) Das Thüringer Landesverwaltungsamt hat 2025 Fördermittel in Höhe von insgesamt 15,45 Millionen Euro für den Brand- und Katastrophenschutz sowie die allgemeine Hilfe bewilligt. Das sind gut 400.000 Euro mehr als 2024 (15,046 Millionen Euro) und damit die höchste Fördersumme seit 2015. Mit den Landesmitteln wurden Städte, Gemeinden und Landkreise bei Beschaffungen und Bauvorhaben unterstützt. „Gut ausgestattete Feuerwehren sind ein zentraler Baustein der öffentlichen Sicherheit“, sagte Innenminister Georg Maier (SPD).

Schwerpunktmäßig gefördert wurden erneut neue Feuerwehrfahrzeuge. Insgesamt wurden 70 Anträge bewilligt. Das Fördervolumen lag bei rund 10,1 Millionen Euro. Auch der Ausbau der Warninfrastruktur wurde weiter vorangetrieben: Für 57 Anträge für neue Sirenen oder zur Umrüstung bestehender Anlagen stellte

das Land knapp 870.000 Euro bereit. Für den Neu- und Umbau von Feuerwehrräumen erhielten acht kommunale Aufgabenträger Fördermittel in Höhe von insgesamt 1,53 Millionen Euro.

Bei der Mittelvergabe spielte neben fachlicher Förderfähigkeit auch der Paritätsgedanke eine wichtige Rolle. Alle Landkreise, kreisfreie Städte und Gemeinden sollen grundsätzlich von Landesförderungen profitieren. Die höchste Einzelfördersumme wurde 2025 mit rund 2,1 Millionen Euro an den Kyffhäuserkreis für den Neubau eines Katastrophenschutzentrums bewilligt.

Zusätzlich zu den Erstbewilligungen erließ das Thüringer Landesverwaltungsamt 37 Änderungsbescheide für Folgebewilligungen mit einem Gesamtvolumen von rund 3,5 Millionen Euro. Damit konnten bereits geförderte Bau- und Beschaffungsmaßnahmen auch bei Verzögerungen finanziell abgesichert werden.

NEWSLETTER & PODCASTS

In den aktuellen Ausgaben unserer weiteren Newsletter und Podcasts finden Sie u. a. folgende Themen:

NEWSLETTER

[Newsletter „Netzwerk Sicherheit“](#)

[2. Februar:](#)

- Dobrindt forciert Schutz vor Anschlägen
- Ausschreitungen nach Fußballspiel
- Kokainhandel auf See stellt sich auf Fahndungsdruck ein

[Newsletter „Verteidigung. Streitkräfte.](#)

[Wehrtechnik“ 3. Februar:](#)

- Polen beschafft Luftüberwachungssystem MS-110
- Aktionsplan Luftlandetruppe tritt in Kraft

[Newsletter „Digitaler Staat und Cyber](#)

[Security“ 21. Februar:](#)

- Front gegen Desinformationen
- Digitale Schutzschicht
- EUDI-Wallet geht in Testbetrieb

[Newsletter „Stadt. Land. News.“](#)

[29. Januar:](#)

- Teilerholung der Bauwirtschaft
- Wenn Fördermittel strangulieren
- Wasser im Wandel

[E-JOURNAL FUTURE4PUBLIC:](#)

- Stadtgestaltung — Stadt für alle

PODCASTS

[Podcast „Public Sector Insider“](#)

[3. Februar:](#)

- Investitionsstau lösen: Wir sprechen mit Dr. Steffen Meyer, Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, über die Verwendung des Infrastruktur Sondervermögens
- Amtsangemessene Alimentierung: Das Urteil zur Berliner Beamtenbesoldung hat weitreichende Konsequenzen — auf Landes- aber auch Bundesebene. Wir recherchieren.

Jeden Dienstag neu Behördenwissen zum Reinhören

- Aktuelles zum Öffentlichen Dienst
- Interviews mit Studiogästen
- Kommentar zur Lage des Öffentlichen Dienstes
- Relevante und fundierte Hintergrundanalysen

behoerden-spiegel.de/podcast



POLIZEITAG HAMBURG

24. MÄRZ 2026

STÖRUNGSFREI TROTZ HOCHRISIKO

Gesamtmoderation:

Dieter Wehe, Inspekteur der Polizei Nordrhein-Westfalen a.D.

09:00 Begrüßung der Gäste

Dr. Eva-Charlotte Proll, Herausgeberin und Chefredakteurin, Behörden Spiegel
Horst Niens, Gewerkschaft der Polizei, Vorsitzender des Landesbezirks Hamburg

09:15 Keynote

Andy Grote*, Senator, Präses der Behörde für Inneres und für Sport, Freie und Hansestadt Hamburg

09:45 Für alle, die uns schützen: Sicherheit und Effizienz im Einsatz

Aylin Aslaner, Regional Director DACH & Netherlands, Axon

10:05 Vortrag

Lars Osburg, Gewerkschaft der Polizei, stV. Vorsitzender des Landesbezirks Hamburg

10:30 KAFFEPAUSE

11:00 Telemedizin im Gewahrsam - Schnell. Sicher. Rund um die Uhr.

Tina Stenger, Leiterin Geschäftsentwicklung, Expertin für telemedizinische Behandlungen, A+ Videoclinic
Debora Scarafilo, Referentin für Telemedizin A+ Videoclinic

11:20 Einsatzkonzeption

Timo Zill, Leiter der Schutzpolizei, Freie und Hansestadt Hamburg

11:50 Täteridentifikation beim Fußball - Lagebild und Abwehrimpulse

Dominik Kahsche, Solution Consultant, rola Security

12:10 Grußwort

Dr. Peter Tschentscher*, erster Bürgermeister, Präsident des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg

12:30 MITTAGSPAUSE

13:30 Einsatz der Bundespolizei im norddeutschen Raum bei Sportveranstaltungen

Michael Schuol, Polizeipräsident, Bundespolizeidirektion Hannover
Linkogel, Inspektionsleiter, Bundespolizeiinspektion Hamburg

14:00 Partnervortrag

N.N., Akquinet

14:15 Sicheres Stadionerlebnis – Ein Berliner Modellprojekt

Stephen Köppe*, Lehrkraft für Besondere Aufgaben – M.A., Fachbereich 5 – Polizei- und Sicherheitsmanagement, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

14:45 KAFFEPAUSE

15:15 Mobile Video-Beobachtung

N.N., Air Bavarian

15:30 Vortrag

N.N., St. Pauli Fanladen

16:00 Diskussionsrunde

Leitung: Dr. Eva-Charlotte Proll, Behörden Spiegel

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

Falk Schnabel, Polizeipräsident, Freie und Hansestadt Hamburg
Lukas Rind, Leiter Fankultur, HSV
Mustafa Güngör, SPD, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft
Stephen Köppe, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
Horst Niens, Gewerkschaft der Polizei, Vorsitzender des Landesbezirks Hamburg

17:00 Ende der Veranstaltung

* Angefragt

Eine Veranstaltung des Behörden Spiegel und der Gewerkschaft der Polizei (GdP)

Behörden Spiegel



Impressum

Herausgeberin und Chefredakteurin von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“: Dr. Eva-Charlotte Proll.

Redaktionelle Leitung: Bennet Biskup-Klawon. Redaktion: Jonas Brandstetter, Christian Brecht, Guido Gehrt, Julia Grahn, Ann Kathrin Herweg, Mirjam Klinger, Scarlett Fels, Lars Mahnke, Carla Menzel, Anne Mareile Moschinski, Sven Rudolf, Frederik Steinhage. Online-Redaktion: Tanja Klement. Redaktionsassistent: Kerstin Bauer (Berlin); Produktionsassistentin: Wiebke Werner.

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970

E-Mail: redaktion@behoerderspiegel.de; www.behoerderspiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.: DE 122275444 - Geschäftsführer: Dr. Fabian Rusch. Herausgeber- und Programmbeirat: Dr. h. c. Uwe Proll (Vorsitz). Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“ Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten („Links“), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.